

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 54/1 (2023), 7-20
DOI: 10.60684/msg.v54i1.1

Christoph Bernhardt
Humboldt Universität zu Berlin
<https://orcid.org/0000-0003-0516-471X>

Dieter Schott
Technische Universität Darmstadt

Die Inflation in Deutschland 1914-1923 in stadtgeschichtlicher Perspektive

MSG Moderne Stadtgeschichte
ISSN: 2941-6159 online
<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Christoph Bernhardt / Dieter Schott

Die Inflation in Deutschland 1914-1923 in stadsgeschichtlicher Perspektive

This issue aims to discuss the impact and experience of the inflation of 1914-1923 in Germany from an urban history perspective. Motivated by the current problematic of excessive public spending in order to offset the depressive effects of Covid-19 on the economy and the increasing interest in historical research in hyperinflation, the introduction aims to contextualise inflationary effects within long-term processes of urbanisation and of city-state relationships, starting with a short sketch of the municipal finance system before World War One. A core of three contributions discuss the urban experiences of hyperinflation from different vantage points (income, administrative challenges, spending) with a close focus on the role of urban administrations. Another contribution highlights the significance of municipal 'Notgeld' (substitute money) for the cultural identity of German towns in the 1920s. The contemporary perspective is developed in a further contribution explaining the current financial status and problems of German municipalities today. A short report directs readers' attention to an upcoming exhibition highlighting German Inflation with a special focus on the city of Frankfurt am Main. The concluding book review looks for similarities and contrasts in inflation experiences of other European countries during the interwar period, such as Austria, Hungary and Italy.

1. Einleitung

Die Idee zu dem vorliegenden Themenschwerpunkt „Stadt und Inflation“ kam erstmals im Frühjahr 2020 zu Beginn der Corona-Pandemie auf. Seinerzeit sicherte der damalige Bundesfinanzminister Olaf Scholz zu, durch die Finanzierung von Kurzarbeit und Überbrückungshilfen für Betriebe Massenentlassungen und damit auch eine schwere Wirtschaftskrise zu verhindern. Die möglichen Inflationsfolgen dieser Maßnahmen wurden öffentlich zunächst kaum diskutiert. Dennoch war absehbar, dass mittelfristig aus der großen Diskrepanz zwischen den gewaltigen Summen, die breiten Bevölkerungsschichten über längere Zeiträume für „Nichtstun“ gezahlt werden sollten, und der Knappheit an Waren infolge von Produktionsrückgängen und Störungen der globalen Lie-

ferketten ein starker Kaufkraftüberhang entstehen musste. Diese Situation erinnerte, auch wenn zu dieser Zeit (noch) kein Krieg in Europa herrschte, makroökonomisch an den Ersten Weltkrieg. Denn damals richteten die kriegführenden Staaten ihre Wirtschaft sehr weitgehend auf die Waffenproduktion aus und finanzierten dies mit sehr hohen Verschuldungsbeträgen an den internationalen Kapitalmärkten und bei der eigenen Bevölkerung.¹ Mittlerweile – im Frühjahr 2023 – hat die Inflationsproblematik durch die Diskrepanz zwischen Kaufkraft-Überhang und relativer Warenknappheit einerseits und die die Energie- und Rohstoffmärkte zerrüttenden Wirkungen des Ukraine-Kriegs andererseits eine neue Dringlichkeit erhalten, auch wenn die aktuellen Inflationsraten von den zwischen 1918 und 1923 in Deutschland erreichten glücklicherweise noch weit entfernt sind.

Den zweiten Anstoß zu dem vorliegenden Themenschwerpunkt gab das wieder anwachsende Interesse der historischen Forschung an der Hyperinflation in Deutschland vor hundert Jahren. Diese Hyperinflation war ein dramatischer Vorgang, der bis heute nachwirkende Spuren in der Finanzmentalität der deutschen Bevölkerung hinterlassen hat.² Die Genese dieser Krise wurzelte noch in der Kriegsfinanzierung und verstärkte sich in den frühen 1920er Jahren aufgrund einer Schwäche der Staatsgewalt, aber auch aufgrund der Politik der Entente-Staaten in den Reparationskonferenzen bis hin zur Besetzung des Ruhrgebiets Anfang 1923 katastrophal. Im Sommer 1923 führte sie zu einer vollständigen Zerrüttung des Finanzwesens und der öffentlichen Ordnung insgesamt. Deutschland stand im Herbst 1923 am Rand des staatlichen Zerfalls und des allgemeinen gesellschaftlichen Kollaps.³

Für die Städte erschwerte die Inflation die ohnehin schon sehr schwierige Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, die sich infolge des Krieges vor allem im sozialpolitischen Bereich massiv ausgeweitet hatten.⁴ Zudem hatte die Erz-

¹ Vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, *Die deutsche Inflation 1914-1923*, Berlin/New York 1980, bes. Kap. 2: Faktoren der Inflation.

² Vgl. Frederick Taylor, *Inflation. Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik und die Geburt eines deutschen Traumas*, München 2013, bes. Nachwort: Warum ein deutsches Trauma?; Gerald D. Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914-1924*, New York/Oxford 1993, bes. Epilogue. A Mortgaged Democracy.

³ Vgl. Feldman, *Disorder*, S. 754-802; Heinrich August Winkler, *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993, bes. S. 186-243.

⁴ Vgl. zur Lage der Städte im Ersten Weltkrieg Dieter Schott, *Die Heimatfront halten! Die schwierigen Aufgaben der Städte im Krieg*, in: *MSG H. 1/2018*, S. 84-107; in europäischer Perspektive Thomas Mergel, *Stressgesellschaften. Europäische Städte im Ersten Weltkrieg*, in: *Geschichte in Köln* 61, 2014, S. 185-205. Die umfassendste Studie der Wirkungen des Ersten Weltkriegs auf eine Stadt ist nach wie vor Roger Chickering, *Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag 1914-1918*, Paderborn u.a. 2008.

bergersche Reichsfinanzreform von 1920 den Kommunen das wichtige Instrument des Zuschlags zur Einkommenssteuer entzogen.⁵ Die Städte waren unter diesen Umständen einerseits gefordert, eine einigermaßen geordnete Finanzverwaltung aufrechtzuerhalten. Andererseits blieb der Finanzbedarf aufgrund der während des Krieges unterbliebenen Investitionen, etwa in die kommunale Wirtschaft, so groß und unabweisbar, dass die Kommunen sich in erheblichem Umfang, teilweise auch im Ausland, verschuldeten.⁶ Nach Reulecke schuf die Inflation einen finanziellen Spielraum, in dem die Verschuldung „geradezu zu jenem ‚beweglichen Faktor‘ [wurde], den bis 1919 die kommunalen Zuschläge zur Staatseinkommenssteuer gebildet hatten“.⁷ Zudem sahen sich die Städte angesichts des völligen Zusammenbruchs des privaten Mietwohnungsbaus mit der neuen Aufgabe konfrontiert, in die öffentliche Wohnungsbauförderung einzusteigen.⁸ In der Hyperinflation ab Sommer 1922 wurde, wie die Beiträge von Teupe, Schott und Knortz in diesem Heft zeigen, die Finanzwirtschaft der Städte vollends unkalkulierbar. Auf der Einnahmenseite waren die Zuweisungen von Seiten des Reiches und der Länder aus der Einkommenssteuer nicht mehr zuverlässig berechenbar und gingen häufig verspätet ein. Zudem waren die kommunalen Steuern und Abgaben, etwa die Grundsteuer, angesichts der galoppierenden Inflation zum Zeitpunkt der Zahlung real häufig völlig entwertet. Viele Städte sahen sich im Zeichen des Mangels an Zahlungsmitteln gezwungen, vorübergehend wieder eine Rolle als Produzent und Garant von Geld zu übernehmen, eine Aufgabe, die sie eigentlich im 19. Jahrhundert an die Nationalstaaten verloren hatten. Städte, aber auch große öffentliche und private Arbeitgeber emittierten Notgeld in großen Mengen, um dem Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelpfen.⁹

Das Themenheft möchte nachzeichnen, wie die Städte in Deutschland, insbesondere in ihren Finanzen, aber auch im städtischen Alltag, von der Hyperinflation geprägt waren. Es beschränkt sich nicht auf geschichtswissenschaftli-

⁵ Vgl. dazu ausführlich Sebastian Teupe, Stadt – Land – Reich, in diesem Heft.

⁶ Jürgen Reulecke, Auswirkungen der Inflation auf die städtischen Finanzen, in: Gerald D. Feldman (Hrsg.), Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924-1933, München 1985, S. 97-116; Vgl. auch Karl-Heinrich Hansmeyer (Hrsg.), Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart u.a. 1973, bes. S. 77.

⁷ Reulecke, S. 109f. Dieses Argument taucht auch bereits bei Hansmeyer, Kommunale Finanzpolitik auf.

⁸ Vgl. Peter-Christian Witt, Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer, in: Lutz Niethammer (Hrsg.), Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 385-407; Karl Christian Führer, Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914-1960, Stuttgart 1995.

⁹ Vgl. zu Notgeld Holtfrerich, S. 301-321; Feldman, Disorder.

che Beiträge, sondern präsentiert auch Aufsätze aus kunstgeschichtlicher und finanzwissenschaftlicher Perspektive. Von der Inflation 1922/23 ausgehend soll gefragt werden, welche Folgen die Inflation für die Finanzwirtschaft und das Finanzgebaren deutscher Städte, aber auch für deren gesellschaftlichen Zusammenhalt und die jeweilige lokale Identität hatte. In finanzpolitischer Hinsicht sollte sich die Kreditaufnahme im Ausland von Seiten vieler deutscher Städte gegen Ende der 1920er Jahre als hoch problematisch erweisen, da sie in der Weltwirtschaftskrise zu einer massiven Finanzkrise der Städte führte und in etlichen Fällen zum Verlust ihrer finanziellen Autonomie. Schließlich soll ein Brückenschlag in die von Corona-Krise und Inflation geprägte Gegenwart den Blick auf einige Grundfragen und aktuelle Probleme im Feld der kommunalen Finanz- und Haushaltspolitik weiten.

2. Städtische Finanzpolitik im Wandel. Entwicklungslinien von der Vorkriegszeit zur Hyperinflation

Um die Problematik städtischer Finanzpolitik in der Inflation besser verstehen zu können, ist kurz die Situation vor 1914 zu rekapitulieren, denn diese bildete in der Wahrnehmung der Kommunalpolitik der frühen 1920er Jahre gewissermaßen die wieder anzustrebende „Normalsituation“. Allerdings präsentierte sich die finanzielle Situation der deutschen Städte auch vor dem Ersten Weltkrieg sehr unterschiedlich. Zum einen hing sie natürlich, wie auch heute, hochgradig von der jeweiligen lokalen und regionalen wirtschaftlichen Lage und der Bevölkerungsstruktur ab. Zum anderen waren für die Aufsicht über die Gemeindefinanzen fast ausschließlich die Bundesstaaten zuständig. Die Rahmenbedingungen kommunaler Finanzpolitik glichen sich zwar während des Kaiserreichs an, waren jedoch keineswegs überall identisch. Die Kommunen sollten, so sah es zumindest in Preußen das Miquel'sche Kommunalabgabengesetz von 1893 vor, ihre Ausgaben primär durch Ihre Einnahmen aus Gemeindevermögen, Beiträgen und Gebühren decken. In zweiter Linie sollte auf indirekte Steuern zurückgegriffen werden, wie etwa Lustbarkeitssteuer oder Verbrauchssteuern, sowie den Oktroi, eine lokale Umsatzsteuer. An dritter Stelle sollten die direkten Steuern zur Finanzierung beitragen, das heißt Steuern auf Einkommen und auf Vermögen (Grundbesitz und Gewerbekapital).¹⁰ Tatsächlich wurde aber das Ziel des Kommunalabgabengesetzes, die Bedeutung der Einkommenssteuer als kommunale Einnahmequelle zurückzudrängen, nicht erreicht. 1911 betrug das Verhältnis kommunaler Einnahmen aus Einkommens-

¹⁰ Wolfgang R. Krabbe, Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1989, S. 157.

steuer zu Realsteuern 60 zu 40.¹¹ Die Kommunen waren berechtigt, auf die staatlichen Steuern auf Einkommen, Grundbesitz und Gewerbekapital kommunale Zuschläge zu erheben, die jedoch je nach sozioökonomischem Profil der Städte und spezifischer Ausgabenstruktur recht unterschiedlich ausfielen. Vereinfacht gesagt hatten Industriestädte mit einem hohen Anteil an Arbeiterschaft und junger Bevölkerung meist überproportional hohe Ausgaben für Schulen und das Armenwesen und mussten daher besonders hohe kommunale Zuschläge auf Einkommenssteuer und Grundsteuer erheben. Im Kontrast dazu gab es „Vorzugsstädte“, die wegen ihrer günstigen Wirtschafts- und Sozialstruktur relativ geringere Schulausgaben und Armenkosten hatten und deswegen mit niedrigeren Zuschlägen zur Einkommenssteuer auskamen und die dennoch aus den Steuerzahlungen ihrer gut situierten Einwohner*innen eine exzellente städtische Daseinsvorsorge finanzieren konnten. Die besser gestellten Städte nutzten dies oft auch in ihrem Stadtmarketing dazu, wohlhabende Ruhestandler gezielt anzusprechen und zur Niederlassung in ihrer Stadt zu motivieren, so zum Beispiel das damals noch unabhängige Charlottenburg, Wiesbaden oder Baden-Baden.¹² Wiesbaden verlangte etwa 1907 einen Zuschlag zur staatlichen Einkommenssteuer von 100 %, Industrie- und Arbeiterstädte wie Oberhausen oder Hagen legten dagegen kurz vor dem Ersten Weltkrieg Zuschläge von 250 % und mehr fest.¹³ Insgesamt betont Krabbe, dass die deutschen Städte bis zum Ersten Weltkrieg „eine recht weitgehende Besteuerungautonomie“ genossen, was sie deutlich von Städten in anderen Ländern unterschied.¹⁴

Zur Refinanzierung „außerordentlicher Ausgaben“, insbesondere beim Ausbau der stadttechnischen Netze, bedienten sich die deutschen Städte seit den 1870er Jahren immer stärker der Kreditaufnahme. Die Staatsaufsicht überwachte diese Kreditaufnahme und achtete vor allem darauf, dass keine Überschuldung stattfand und die Laufzeit der Kredite die Nutzungsdauer der zu schaffenden Anlagen nicht überstieg. Die Verschuldung der deutschen Städte am Vorabend des Ersten Weltkriegs, die sich über mehrere Jahrzehnte eines intensiven Ausbaus der Leistungsverwaltung aufgebaut hatte, war erheblich, aber, so die Einschätzung Krabbes, nicht existenzbedrohend. „Ohne die hohe Kreditaufnahme hätte es die Blüte des deutschen Städtewesens um die Jahr-

¹¹ Ebd., S. 161.

¹² Ebd., S. 161; vgl. auch Dieter Schott, *Kunststadt – Pensionärsstadt – Industriestadt. Die Konstruktion von Stadtprofilen durch süddeutsche Stadtverwaltungen vor 1914*, in: *Die Alte Stadt* 26, 1999, S. 277-299.

¹³ Vgl. Krabbe, S. 161.

¹⁴ Ebd., S. 162.

hundertwende, wie sie in der Leistungsverwaltung zum Ausdruck kam, nicht gegeben“.¹⁵

Die neuere Forschung teilt die zeitgenössische kritische Bewertung der Erbergerischen Finanzreform von 1920 durch die Städte, die sich ihrer früheren Steuer(teil)autonomie beraubt sahen und denen die Einnahmen massiv wegbrachen, während gleichzeitig die Pflichtaufgaben stark erweitert wurden.¹⁶ Hinzu kam die extrem stark wachsende Zahl der Fürsorgeempfänger*innen aufgrund der dramatischen Verarmung breiter Bevölkerungsschichten in allen Städten, die die städtischen Haushalte stark belastete.¹⁷ Von der Inflation profitierten die städtischen Haushalte zwar, weil sie vorübergehend schuldenfrei wurden. Aber gleichzeitig verschärfte die Inflation die sozialen Ungleichheiten, auf die die Kommunen reagieren mussten, da einzelne Gruppen, wie zum Beispiel Grundbesitzer*innen, die ihre Gebäude kostengünstig entschulden konnten, ebenso profitierten.

Die Inflation traf historisch mit weiteren, außergewöhnlich komplexen Herausforderungen gerade für die Gemeinden zusammen. Neben den oben genannten Folgen von Krieg, Demobilisierung, politischen Spannungen und Wirtschaftskrise brachte der Ausbau der öffentlichen Sozialleistungen in der Aufbauphase des Wohlfahrtsstaates eine sehr starke Erweiterung der Aufgaben der Kommunen. Dabei entstand die seither konstitutive Zweiteilung von Pflichtaufgaben einerseits und freiwilligen Aufgaben andererseits. Stadthistoriker wie Krabbe sehen darin den Beginn einer Überlastung der Städte, die zeitgleich mit der Einschränkung ihrer Autonomie zu Beginn der 1920er Jahre eintrat.¹⁸ Dennoch sollte nicht verschwiegen werden, dass die gewachsene finanzielle Verteilungsmacht der Reichsebene auch für einen Finanzausgleich zwischen ökonomisch starken und benachteiligten Regionen genutzt wurde. Dieser interregionale Finanzausgleich bildete einen sozial- und raumpolitischen Grundpfeiler des mit der Weimarer Republik etablierten Sozialbeziehungsweise „Wohlfahrtsstaates“. Bis heute wirkt er als finanzpolitische Grundlage des Leitziels der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ im Grundgesetz der Bundesrepublik und damit als wichtige Richtschnur politischen Handelns fort. In der Weimarer Republik wurde dieses Prinzip der regionalen Um-

¹⁵ Ebd., S. 165; vgl. auch zur Blüte des Städtewesens Dieter Schott, Die Großstadt als Lebensraum des modernen Menschen, in: Detlev Mares/Dieter Schott (Hrsg.), Das Jahr 1913. Aufbrüche und Krisenwahrnehmungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Bielefeld 2014, S. 65-88.

¹⁶ Siehe Beitrag Heike Knortz, Tanz auf dem Vulkan? in diesem Heft.

¹⁷ Vgl. Dieter Schott, Zur Erfahrungsgeschichte der Hyperinflation 1922/23 in süddeutschen Städten, in diesem Heft; zu Stuttgart, Knortz, Tanz.

¹⁸ Krabbe, S. 169-172, bes. S. 180-182.

verteilung zum Beispiel auch auf die Hauszinssteuer als Grundlage der Wohnungsbauförderung angewandt. Dass das zuständige preußische Ministerium für Volkswohlfahrt an Berlin nur weniger als ein Drittel der in der Hauptstadt eingenommenen Erträge aus der Hauszinssteuer für die dortige Wohnungsbauförderung zurückreichte, sorgte naheliegenderweise für heftige Kritik.¹⁹

3. Zur Forschungslage zum Thema Inflation und Stadt

In der Forschung begann eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema „Deutsche Inflation“ in den 1970er und frühen 1980er Jahren, wohl nicht zufällig zeitgleich mit dem erheblichen Inflationsdruck in diesen Jahren. Entsprechende Studien wurden insbesondere von Forschern mit einer klassischen sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Orientierung durchgeführt, so zum Beispiel von Carl-Ludwig Holtfrerich in seiner weiterhin wichtigen Untersuchung „Die Deutsche Inflation 1914-1923“²⁰, in den anspruchsvollen Sammelbänden, die aus den Tagungen des Forschungsprojekts „Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914-1924“ hervorgingen²¹ und insbesondere in der monumentalen Studie von Gerald D. Feldman „The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914-1924“.²² Im Rahmen dieser Forschungen wurde – entgegen klassischer politikgeschichtlicher Zäsuren – zum einen die Periode von Weltkrieg und Inflation als Einheit betrachtet. Zum anderen wurde herausgearbeitet, dass zur Förderung gesellschaftlicher Stabilität nach Kriegsverlust und Revolution die gemäßigte Inflation der Periode 1919-1921 durchaus eine wirtschafts- und sozialpolitisch wichtige Funktion erfüllte, dessen gesellschaftliche Basis die Forschung als „Inflationskonsens“ zwischen – vor allem exportorientierter – Industrie und Gewerkschaften beschrieb. Diese Inflationsperiode ermöglichte es im internationalen Vergleich gesehen, den Schock der Demobilmachung abzufedern und den Übergang zur Friedensproduktion zu erleichtern. Auf diese Weise erhielt die deutsche Industrie dank der durch Maßnahmen der Zwangswirtschaft künstlich niedriger gehaltenen Inlandspreise die Chance, einen Teil ihrer im Krieg verlorenen Ex-

¹⁹ Vgl. zur Kontroverse zwischen dem Minister für Volkswohlfahrt Hirtsiefer und dem Berliner Oberbürgermeister Böß Christoph Bernhardt, Aufstieg und Krise der öffentlichen Wohnungsbauförderung in Berlin 1900-1945, in: Arbeitsgemeinschaft der Berliner Wohnungsbau-Gesellschaften (Hrsg.), *Wohnen in Berlin. 100 Jahre Wohnungsbau in Berlin*, Berlin 1999, S. 45-87, hier S. 62f.

²⁰ Holtfrerich.

²¹ Unter anderem Gerald D. Feldman (Hrsg.), *Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924-1933*, München 1985; ders. (Hrsg.), *Die Anpassung an die Inflation*, Berlin/New York 1986.

²² Feldman, *Disorder*.

portmärkte zurückzuerobern. Zugleich wurde eine scharfe Rezession wie zum Beispiel in Großbritannien und den USA 1920/21 in Folge der Stabilisierungspolitik vermieden.

Aus transnationaler Perspektive bilden die extremen Inflationsraten der Jahre 1922/23 einen Sonderfall, der außer in Deutschland in Österreich, Polen und Ungarn und mit Abstrichen in Italien auftrat, nicht hingegen in den großen westlichen Industrienationen Frankreich, Großbritannien und den USA, in denen die Inflation seit 1920 wieder zurückging.²³ Zudem förderten mehrere Richtungswechsel in der deutschen Finanzpolitik der frühen 1920er Jahre einen Spekulationsboom in Mark von Seiten ausländischer Anleger, die ihre Investitionen dann in der Hyperinflation in großem Umfang zurückzogen.²⁴ Als reichspolitisches Problem hat die Forschung schon früh die „radikale Verschlechterung“ des Verhältnisses von Reich und Ländern zu den Kommunen spätestens seit dem „Stabilisierungsjahr“ 1924 wegen deren Kreditpolitik und insbesondere Auslandsverschuldung hervorgehoben.²⁵

Außer von diesen spezifischen Konstellationen war und ist die Inflationsforschung zum Deutschen Reich stark von der großen Frage nach den Ursachen des Nationalsozialismus geprägt. Sie suchte etwa in der Verarmung der staatstragenden Mittelschichten und deren Abwendung von der Weimarer Republik eine längerfristige Strukturbedingung für den späteren rasanten Aufstieg des Nationalsozialismus in der Weltwirtschaftskrise. Die Wirkungen der Inflation auf die Städte waren hingegen nur am Rande ein Thema, etwa in dem immer noch grundlegenden Beitrag von Reulecke, der – ausgehend von der Inflationserfahrung in Barmen – allgemeine Überlegungen zu den „Auswirkungen der Inflation auf die städtischen Finanzen“ entwickelte.²⁶ Aus einer stärker regional- und stadtgeschichtlichen Forschungsrichtung, teilweise erweitert um kulturgeschichtliche Fragestellungen, entstanden seit Mitte der 1980er Jahre ein-

²³ Andrea Bonoldi, *Wartime and Peacetime Inflation in Austria-Hungary and Italy (1914-1925). An Introduction*, in: Ders./Andrea Leohnardi/Cinzia Lorandini, *Wartime and Peacetime Inflation in Austria-Hungary and Italy (1914-1925)*, Stuttgart 2019, S. 7-16, hier S. 8; vgl. auch Sebastian Teupe, *Zeit des Geldes. Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923*, Frankfurt am Main 2022, bes. S. 82-90. Frankreich kehrte – im Unterschied zu den USA und Großbritannien – zunächst nicht zur Vorkriegsparität zurück, sondern nutzte eine „sanfte Inflation“, um die harte Stabilisierungskrise wie in den USA und GB 1920/21 zu vermeiden, vgl. Teupe, *Zeit*, S. 86.

²⁴ Alexander Nützenadel, *Zwischen Staat und Markt, 1914-1989*, in: Werner Plumpe/Alexander Nützenadel/Catherine R. Schenk, *Deutsche Bank. Die globale Hausbank 1870-2020*, Berlin 2020, S. 234-527, hier S. 268f.

²⁵ Karl-Heinrich Hansmeyer, *Einleitung. Zur Bedeutung finanzpolitischer Leitbilder*, in: ders. (Hrsg.), *Kommunale Finanzpolitik*, S. 11-18, hier S. 12f.

²⁶ Reulecke, *Auswirkungen*.

zelle weitere Arbeiten, die im Kontext regionaler Gesellschaftsanalysen auch die Inflation in den Blick nahmen.²⁷

Mit der großen politischen Wende Anfang der 1990er Jahre, die den Fokus auf die jüngere Zeitgeschichte, insbesondere die Geschichte der DDR richtete, und dem Verschwinden der Inflationsgefahr aus der zeitgenössischen Wirtschafts- und Finanzpolitik brach die hier skizzierte Forschungstradition erst einmal ab, sodass seit den späten 1990er Jahren kaum einschlägige Studien erschienen. Erst mit den Konflikten über die Bewältigung der Finanzkrise von 2008, bei der es in Europa zu einer scharfen Frontstellung zwischen der pointiert stabilitätsorientierten deutschen Regierung und den eine expansivere Geldpolitik vertretenden Staaten im Süden Europas kam, wurde die Frage nach einer besonderen historischen Prägung der deutschen Gesellschaft durch das Inflationstrauma von 1923 wieder aktuell, wie etwa die Studie von Frederick Taylor von 2013 zeigt. Taylor stellt im Titel seines Buches – „Inflation. Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik und die Geburt eines deutschen Traumas“ – diesen Zusammenhang explizit heraus. Ausgelöst durch den Jahrestag der Hyperinflation 2023 und die aktuellen inflationären Tendenzen, beginnen seit Kurzem eine Reihe von Arbeiten wieder damit die Inflation historisch aufzuarbeiten.²⁸ Noch ist aber nicht abzusehen, inwiefern hier neue Quellenbestände ausgewertet und neue Ansätze oder Bewertungen entwickelt werden.²⁹

²⁷ Vgl. u.a. Merith Niehuss, *Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910 bis 1925*, Berlin 1985; Harald Pohl, *Kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bayern zur Zeit der Weimarer Republik: dargestellt am Beispiel der Wirtschaftsregion Ingolstadt, Regensburg 1985*; Dieter Schott, *Die Konstanzer Gesellschaft 1918-1924*, Konstanz 1989; Niall Ferguson, *Paper and Iron. Hamburg Business and German Politics in the Era of Inflation, 1897-1927*, Cambridge 1995; Martin Geyer, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne. München 1918-1924*, Göttingen 1998.

²⁸ Vgl. etwa Stefanie Middendorf, *Notstand und Sachverstand. Zur Konfliktgeschichte der Weimarer Zwangsanleihe*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 62:2, 2021, S. 405-442.

²⁹ Vgl. Sebastian Teupe, *Zeit; eine Neuauflage von Werner Abelshausers allgemeinem Überblick „Inflation“* beim Beck-Verlag München ist für September 2024 angekündigt. Das neuere Textbuch bei utb von Heike Knortz, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Zeit*, Göttingen 2021, geht recht ausführlich auf die Inflation ein.

4. Überblick über die Beiträge

Die ersten drei Beiträge von Teupe, Schott und Knortz behandeln die Situation von deutschen Städten in der Inflationsperiode mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Während Teupe sich vor allem auf die Beziehungen zwischen Städten, Ländern und der Reichsebene mit Fokus auf die Einnahmenseite der Städte konzentriert, beleuchtet Schott stärker die erfahrungsgeschichtliche Ebene im Umgang von Stadtverwaltungen mit den konkreten Herausforderungen der Inflation. Knortz nimmt die Ausgabenseite in den Blick und betont die sozialpolitischen Problemstellungen der Inflationsperiode.

Sebastian Teupe gibt zunächst einen Überblick zur Problematik des Weltkriegs in finanzpolitischer Hinsicht und bereitet damit den Boden für das Verständnis der Erzbergerschen Finanzreform von 1920, welche die Rahmenbedingungen für die Kommunalfinanzen massiv veränderte. Für die Kommunen entscheidend wurde insbesondere der Wegfall der Zuschlagsmöglichkeit auf die Einkommenssteuer, wodurch sie, was den Ertrag aus der Einkommenssteuer anging, abhängig von Zuweisungen seitens des Reiches an die Länder und deren Weiterleitung an die Städte wurden. Weil dieser Transferprozess zudem Zeit brauchte, waren die Steuererträge, insbesondere in der Hyperinflation 1923, einem erheblichen realen Entwertungsprozess unterworfen. Teupe zeigt auch sehr eindringlich, wie die grundsätzliche Problematik bei den Einnahmen aus der Einkommenssteuer die Städte und Gemeinden dazu zwang, eine Reihe von Bagatellsteuern neu einzuführen und rasch zu steigern. Im Ergebnis versuchten die Gemeinden, ihre Haushalte über die verstärkte Aufnahme von Schulden auszugleichen, was bis Herbst 1922 auch einigermaßen gelang, dann aber angesichts der Weigerung der Darlehenskassen, den Kommunen weitere Kredite zu gewähren, scheiterte. Teupe kommt zu dem Schluss, dass einige Städte eindeutig als Inflationsgewinner zu bezeichnen seien, sich insgesamt jedoch die Frontstellung zwischen Kommunen und Staat aufgrund der Inflation verschärft habe. Mittelfristig führte dieser Konflikt zu der bekannten „Krise der Selbstverwaltung“ in der Weltwirtschaftskrise und zu einer zunehmenden Staatsaufsicht über zahlungsunfähige Kommunen.³⁰

³⁰ Vgl. auch mit Rückblick auf die zeitgenössische Diskussion zu „Krise der Selbstverwaltung“ Wilfried Rudloff, Die kommunale Selbstverwaltung in der Weimarer Zeit, in: Thomas Mann/Günter Püttner (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd. 1, Berlin/Heidelberg 2007, S. 93-118; mit ausführlicher Darstellung der Krisen-debatte in den 1920er Jahren vgl. Wolfgang Hofmann, Konrad Adenauer und die Krise der kommunalen Selbstverwaltung in der Weimarer Republik, in: Ders., Bürgerschaftliche Repräsentanz und kommunale Daseinsvorsorge. Studien zur neueren Stadtgeschichte, Stuttgart 2012, S. 327-360 (erstmalig 1976).

Dieter Schott diskutiert am Beispiel süddeutscher Städte ebenfalls die Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Inflationsfolgen für verschiedene Gruppen und Felder städtischer Politik. Gerade in Grenzregionen und für Besitzer ausländischer Währungen traten die dramatischen Folgen des Wertverfalls der deutschen Währung eklatant hervor, wie etwa der amerikanische Schriftsteller Ernest Hemingway beim Vergleich der Preise in Südwestdeutschland und Frankreich beobachtete. Sowohl die Einkäufe im „kleinen Grenzverkehr“ von Privatpersonen als auch die wirtschaftlichen Verflechtungen unterlagen erheblichen Turbulenzen, in deren Folge die Preise in der Grenzstadt Konstanz deutlich höher lagen als in anderen deutschen Regionen. Für Stuttgart betont Schott unter anderem eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnis über Gebühren und Tarife vom Gemeinderat in die Stadtverwaltung, also faktisch eine „Entdemokratisierung“, sowie eine starke Arbeitsüberlastung der städtischen Beamten infolge zusätzlicher Inflationsarbeiten. Andererseits zeigt Schott auch, dass säkulare Prozesse wie die sich rasch ausbreitende Elektrifizierung ungebremsst und wegen vorübergehend in der Inflation real gesunkener Strompreise sogar teilweise beschleunigt weiterliefen. Daher blieb im Bereich der Energieinfrastruktur der sonst beobachtete Investitionsstau aus; es gingen im Gegenteil eine Reihe bedeutender Kraftwerke und Energieanlagen während der Hyperinflation in Betrieb.

Heike Knortz überprüft in ihrem Beitrag zunächst kritisch die Frage der Vor- und Nachteile der Inflation für die Städte. Nach Meinung vieler Zeitgenoss*innen überwogen die Vorteile. Tatsächlich konnten sich die Städte in der Zeit der Hyperinflation relativ einfach entschulden, sodass etwa Frankfurt am Main, Dortmund und München nach 1923 vorübergehend schuldenfrei waren. Dies allerdings nur für kurze Zeit, da bald darauf, nach der Stabilisierung der Währung, die erneute Schuldenaufnahme der Kommunen über Auslandsanleihen begann, die sich in der Weltwirtschaftskrise als fatal erweisen sollte. Knortz hebt jedoch auch die gravierenden Folgen der Vernichtung des Vermögens privater Stiftungen in der Inflation hervor, die für die kommunale Armen- und Kunstpolitik von existentieller Bedeutung gewesen waren. Dies sei umso schlimmer gewesen, als die Zahl der Unterstützungsbedürftigen in die Höhe schnellte, auf bis zu 40 % der Bevölkerung Frankfurts im Jahr 1924. Des Weiteren unterstreicht sie die Nebenfolgen der relativ niedrigen Mieten auf den Wohnungsneubau, der kaum mehr rentabel war und die grassierende Wohnungsnot nicht dämpfen konnte.

In ihrem kulturgeschichtlich angelegten Beitrag beschäftigt sich Erin S. Maynes mit dem besonderen Fall der Kommunalwährungen, die während der Inflation als Not- oder Ersatzgeld lokal im Umlauf waren. Sie hatten eine Reihe von Funktionen und Wirkungen, die in der Summe lokale Arbeit und Konsum

besonders sichtbar machten und städtisch-regionale Identitäten förderten. Die lokale Welt, so Maynes, wurde dabei auch als stabiles Gegenstück zur chaotischen Entwicklung des Reichs inszeniert und brachte so schillernde Figuren hervor wie den „Inflationsheiligen“ Friedrich Muck-Lamberty. „Notgeld“ kam zunächst schon in der Kriegszeit als Ersatz für metallisches Kleingeld in Umlauf und wurde teilweise zum Sammlergut. Das ging so weit, dass einzelne „Serienscheine“ ausschließlich für Sammler hergestellt und künstlerisch besonders ansprechend gestaltet wurden, sodass Städte wie Naumburg damit erhebliche Einnahmen erzielten. Maynes kann am Beispiel der thüringischen Stadt Kahla detailliert nachzeichnen, wie solche Scheine konzipiert wurden, zum Beispiel zur Verbreitung von stadteschichtlichen Narrativen, und wie sie zirkulierten. Selbst den Skandal um den „Inflationsheiligen“ Muck-Lamberty in ihren Mauern verarbeitete die Stadt noch zu einer sehr ertragreichen Notenserie, der sogenannten „Muckserie“. Die dem Wanderprediger zuteilwerdende Aufmerksamkeit wirft ein Schlaglicht auf die Orientierungslosigkeit und die Abkehr vom Denken der Moderne, die breite Bevölkerungsschichten in der Inflationsperiode erfasste.

Christian Raffer erinnert in seinem gegenwartsbezogenen Beitrag zur Finanzsituation der deutschen Gemeinden im Jahr 2022 noch einmal an die grundlegende Unterscheidung von freiwilligen und Pflichtaufgaben, die seit den 1920er Jahren stark an Bedeutung gewann. Dabei weist er insbesondere auf die Bedeutung der städtischen Infrastrukturen als materielles Rückgrat vieler Leistungen hin. Raffer hebt die fatale Logik hervor, dass bei eingeschränkter oder zurückgehender kommunaler Finanzkraft gerade diese Infrastrukturen in Gefahr geraten, vernachlässigt zu werden und zudem die freiwilligen Aufgaben, wie zum Beispiel Kulturangebote, besonders bedroht sind. Die jüngere Vergangenheit seit dem Jahr 2000 sei von drei kommunalfiskalischen Zyklen geprägt gewesen, nämlich von einer Phase der wachsenden Verschuldung bis etwa 2010, einer darauffolgenden Erholung der städtischen Haushalte mit Ausweisung von Überschüssen und einer 2020 einsetzenden rezessiven Phase seit Beginn der Corona-Krise. Aufschlussreich für die Schwerpunkte kommunaler Politik sei auch stets die Verteilung der kommunalen Ausgaben auf Tätigkeitsfelder, bei denen 2020 der Bereich Soziales und Jugend vor dem der Ver- und Entsorgung lag. Auch die Ausgaben für Personal stiegen kontinuierlich. Nahe liegenderweise spitzt sich das Problem der kommunalen Verschuldung in periodischen Abständen besonders zu. Umgekehrt kam es um 2015/16 zu einer gewissen Entschuldung, der jedoch ein langfristiger Investitionsstau bei der Unterhaltung der Infrastrukturen gegenübersteht. Ein wiederum ambivalenter Effekt geht aus der Inflation seit 2022 hervor, die einerseits zu wachsenden Kos-

ten bei kommunalen Dienstleistungen, andererseits aber auch zu nominell steigenden Steuereinnahmen führt.

Die Inflation 1923 wird auch Thema einer großen Ausstellung im Historischen Museum Frankfurt sein, auf die der verantwortliche Kurator Frank Berger in diesem Heft in der Berichts-Rubrik eine Vorschau gibt. Unter dem Titel „Inflation 1923. Krieg – Geld – Trauma“ vermittelt das Historische Museum Frankfurt ab Mai 2023 einen Überblick über das Inflationsgeschehen – auf allgemeiner Ebene sowie mit einem spezifischen Fokus auf der Frankfurter Erfahrung. Es wird dabei nicht nur um die finanztechnischen Aspekte der Inflation, sondern auch um alltägliche Wahrnehmungen und Interpretationen des Prozesses gehen, um die Frage nach Gewinnern und Verlierern in einer stark vom Mäzenatentum, wohlätigen und kulturellen Stiftungen geprägten Stadt. So war etwa das Stiftungsvermögen der als bürgerliche Stiftungsuniversität gegründeten Universität Frankfurt 1924 auf nur noch 49.000 RM gesunken, was die Verstaatlichung der Universität nach sich zog.

Mit der Leitzension eines Sammelbands von Andrea Bonoldi, Andrea Leonardi und Cinzi Lorandini zur Kriegs- und Friedensinflation in Österreich-Ungarn und Italien wird schließlich der Blick auf drei Staaten geworfen, die teilweise zu den Verlierern, teilweise zu den Siegern des Weltkriegs zählten und dennoch massive, die politische und gesellschaftliche Stabilität erschütternde Inflationserfahrungen durchlebten.

5. Ausblick

Das zentrale Anliegen des hier präsentierten Themenschwerpunktes ist es, Forschungsdesiderate zum Verlauf und den Folgen der Inflation von 1914 bis 1923 für die deutschen Städte aufzuzeigen und empirische Bausteine zu deren Behebung zu liefern. Zugleich bieten die Inflationsgefahren für die städtischen Haushalte in den 2020er Jahren einen aktuellen Anlass, sich des Wissensstands zum Inflationsgeschehen vor hundert Jahren zu vergewissern, ohne gleich verkürzt nach „Lehren für heute“ zu fragen. Trotz der ungleich größeren Herausforderung der Hyperinflation für die Städte sind einige Analogien erkennbar, zum Beispiel die Finanzanforderungen an die städtischen Haushalte aus Sozialleistungen wie dem öffentlichen Wohnungsbau und die Flüchtlingsunterbringung in Zeiten wachsender Inflation. Zu den weiterhin bestehenden Desideraten zählt eine empirische, geschichtswissenschaftliche Überprüfung der These der langfristigen Auswirkungen des „Inflationstraumas“ der deutschen Gesellschaft bis heute, die aktuell unter Ökonomen wieder lebhaft diskutiert wird. Gerade stadtgeschichtliche Befunde könnten diese These validieren oder widerlegen. Umgekehrt könnte eine vergleichende Analyse von städtischen Infla-

tionskrisen aus globalgeschichtlicher Sicht, zum Beispiel mit Blick auf die Hyperinflationen um 1990 in einigen lateinamerikanischen Ländern, den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie in jüngerer Zeit in Venezuela oder der Türkei, die deutsche Inflation der 1920er Jahre in erweiterter stadtgeschichtlicher Perspektive kritisch verorten.